

Ressort: Politik

Lizenzentzug für Schweizer Banken: Bundesregierung gibt sich zurückhaltend

Berlin, 29.12.2012, 08:39 Uhr

GDN - Die schwarz-gelbe Bundesregierung hat zurückhaltend auf eine Drohung der SPD reagiert, die mit einer Bundesratsinitiative Schweizer Banken in der Bundesrepublik schließen will, falls diese deutschen Steuerhinterziehern in ihrem Heimatland entgegenkommen. "Was die Bundesregierung sich vorgenommen hat, um Steuerhinterziehung in die Schweiz zu verhindern, das liegt auf der Hand, nämlich das Steuerabkommen mit der Schweiz, das derzeit blockiert wird", sagte der stellvertretende Regierungssprecher Georg Streiter am Freitag in Berlin.

Der niedersächsische SPD-Spitzenkandidat Stephan Weil hatte für den Fall eines Sieges bei der Landtagswahl einen Lizenzentzug für Schweizer Banken angedroht. "Wir müssen die gesetzlichen Voraussetzungen dafür schaffen, dass Schweizer Banken, die in Deutschland Steuerflüchtlinge decken, die Lizenz entzogen wird", sagte Weil in einem Interview mit "Spiegel Online".

Bericht online:

<https://www.germindailynews.com/bericht-4904/lizenzentzug-fuer-schweizer-banken-bundesregierung-gibt-sich-zurueckhaltend.html>

Redaktion und Verantwortlichkeit:

V.i.S.d.P. und gem. § 6 MDStV:

Haftungsausschluss:

Der Herausgeber übernimmt keine Haftung für die Richtigkeit oder Vollständigkeit der veröffentlichten Meldung, sondern stellt lediglich den Speicherplatz für die Bereitstellung und den Zugriff auf Inhalte Dritter zur Verfügung. Für den Inhalt der Meldung ist der allein jeweilige Autor verantwortlich.

Editorial program service of General News Agency:

United Press Association, Inc.
3651 Lindell Road, Suite D168
Las Vegas, NV 89103, USA
(702) 943.0321 Local
(702) 943.0233 Facsimile
info@unitedpressassociation.org
info@gna24.com
www.gna24.com